

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch

**Medienmitteilung**

**Finanzkommission - Erfolgsrechnung 2010 soll ausgeglichen sein**

**Solothurn, 24. April 2009 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) verlangt im Rahmen ihrer Vorgaben zum Voranschlag 2010 eine ausgeglichene Erfolgsrechnung. Im Weiteren empfiehlt sie die Volksinitiative „Willkommen im Kanton Solothurn – Ja zur steuerfreien Handänderung von selbst genutztem Wohneigentum“ und den Gegenvorschlag des Regierungsrats dem Kantonsrat zur Ablehnung.**

Die FIKO hat unter der Leitung ihrer Präsidentin, Edith Hänggi (CVP, Meltingen) die Vorgaben zum Voranschlag 2010 verabschiedet. Sie verlangt eine ausgeglichene Erfolgsrechnung, auch wenn eine weitere konjunkturelle Abschwächung möglich und die wirtschaftliche Lage sehr schwierig einzuschätzen ist. Die Kommission stützte sich bei ihren Beratungen einerseits auf das positive Rechnungsergebnis 2008 und andererseits auf den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2010 bis 2013. Diese rollende Planung weist bereits ab dem Jahre 2010 steigende Aufwandüberschüsse und stark sinkende Selbstfinanzierungsgrade auf, was eine hohe Neuverschuldung bedeuten würde.

Die geplanten Nettoinvestitionen betragen im IAFP für das Jahr 2010 131.8 Mio. Franken. Die Kommission möchte, dass die beiden Grossprojekte Neubau Fachhochschule Nordwestschweiz Olten und Entlastung Region Olten wie geplant realisiert werden, ersucht jedoch den Regierungsrat, die Priorisierung der weiteren Projekte zu überprüfen.

Zuhanden des Kantonsrates hat die FIKO die Volksinitiative „Willkommen im Kanton Solothurn – Ja zu steuerfreien Handänderung von selbst genutztem Wohneigentum“, abgelehnt. Diese verlangt, dass die Handänderung für den Erwerb von Grundstücken als dauernd und ausschliesslich selbst genutztem Wohneigentum zukünftig steuerfrei sein soll.

Ebenfalls abgelehnt hat die Kommission den Gegenvorschlag des Regierungsrates, der den Steuersatz senken will. Auch ein Antrag aus der Kommissionsmitte, der verlangte, dass die Steuersätze aus dem Gegenvorschlag noch einmal halbiert werden sollten, fand keine Zustimmung. Die FIKO begründet ihren Entscheid damit, dass mit dieser Steuerbefreiung dem Kanton Einnahmen von einigen Millionen Franken verloren gehen würden. Auch würde der Verwaltungsaufwand komplizierter und entgegen der Meinung der Initianten würde die Attraktivität von Solothurn als Wohnkanton kaum gesteigert.